

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

(36. - öffentliche - Sitzung am 28. November 2019)

Beratungsthemen:

1. **Niedersachsen und Europa zusammendenken - für eine Politik mit europäischem Weitblick!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/3645](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab und empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrage abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -

nicht anwesend: AfD

Der Ausschuss regte an, den Antrag im Dezember-Plenum abschließend zu beraten.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die interministerielle Arbeitsgruppe für die innerdeutschen Verhandlungen zur Verteilung der Mittel des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) in der Förderperiode 2021 bis 2027**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Unterrichtung der Landesregierung über die Digitalisierungsprojekte des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung im Rahmen der Digitalisierungsstrategie des Landes Niedersachsen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. In diesem Zuge sagte das MB zu, ergänzende schriftliche Informationen zu übermitteln.

4. **Auswertung der Informationsreise des Ausschusses nach Großbritannien und Irland im September 2019**

Der Ausschuss fasste die wesentlichen Ergebnisse der parlamentarischen Informationsreise zusammen und leitete eine Reihe von Fragen an die Landesregierung mit der Bitte ab, diese bis zur 50. Kalenderwoche schriftlich zu beantworten.

5. **EU-Angelegenheiten**

Der Ausschuss kam überein, sich in der nächsten Sitzung durch die Landesregierung über die Bundesratsdrucksache 596/19 - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 in Bezug auf die Haushaltsdisziplin ab dem Haushaltsjahr 2021 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 in Bezug auf die Flexibilität zwischen den Säulen für das Kalenderjahr 2020; COM(2019) 580 final - unterrichten zu lassen.

6. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss setzte die Terminplanung fort und kam überein, auf die für den 9. Januar 2020 vorgesehene Sitzung zu verzichten.